

DAS MAGAZIN DER GEWERKSCHAFT PRO-GE

Ausgabe 7/2010

Glück auf!

Europa am Scheideweg

Lässt die EU die ArbeitnehmerInnen im Regen stehen?

PRO-GE

Inhalt:

SOZIALES EUROPA

15 Jahre nach dem Beitritt zur EU bleibt Österreich ein Land der EU-Muffel. Was braucht es, um die Alpenrepublik pro-europäisch zu stimmen? Dr. Raimund Löw, die Europaabgeordnete Evelyn Regner und weitere ExpertInnen teilen mit uns ihre Sichtweise eines sozialen Europas. *Seiten 4–9*



METALLBRANCHE: HÖHERE LÖHNE

Mit den neuen Kollektivverträgen für Metallindustrie & Bergbau sowie Metallgewerbe erreicht die Gewerkschaft über 1.500 Euro Mindestlohn in der gesamten Metallbranche. Über 400 Betriebsversammlungen waren dazu im Vorfeld nötig. *Seiten 12–13*

AUS DEN BETRIEBEN

Die OMV wird mit dem amaZone-Preis für die Förderung weiblicher Lehrlinge ausgezeichnet, beim Papierwerk Hamburger wird hingegen ein Kraftwerk zur Überlebensfrage, während beim Unterwäschehersteller Triumph ein ausgeklügelter Sozialplan vereinbart wurde. *Seiten 18–19*



SÜSSE RÜBE!

Rund 44 Kilo Zucker bzw. 350 Kilo Zuckerrüben verbraucht jeder/jede ÖsterreicherIn durchschnittlich im Jahr. Bei der Agrana Zuckerfabrik in Tulln erfahren wir, wie das süße Gold produziert wird, was Kampagne noch bedeutet, und warum die EU-Zuckermarktordnung nichts Gutes verspricht. *Seiten 14–15*



ALLES WAS RECHT IST!

Wenn Arbeitgeber im Krankheitsfall das Dienstverhältnis einvernehmlich auflösen und zugleich eine Wiedereinstellung nach Genesung vereinbaren möchten, so ist das klarer Rechtsmissbrauch, wie PRO-GE-Rechtsexperte Andreas Schlitzer erläutert. *Seite 20*



SERVICE: TWIN CITY LINER

In nur 75 Minuten gleitet der Kataran „Twin City Liner“ über die Donau von Wien nach Bratislava. Passagieren ist dabei jeder Komfort von Bord-Buffer über Panoramafenster geboten. Für PRO-GE-Mitglieder haben wir spezielle Angebote vereinbart. Rätselfreudige locken zudem zwei Tickets für eine Fahrt nach Bratislava. *Seite 22 und 23*



IMPRESSUM:

Glück auf! – Zeitschrift für Mitglieder der Gewerkschaft PRO-GE. ZVR-Nr.: 576439352. Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft PRO-GE, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, (01) 534 44-69. Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1; Tel. (01) 662 32 96-0, Fax (01) 662 32 96-39793, E-Mail: office@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. Chefin vom Dienst: Irene Steindl. Redaktion (glueckauf@proge.at): Mathias Beer, Claudia Granadia, Karin Prokop, Wolfgang Purer, Irene Steindl, Barbara Trautendorfer. MitarbeiterInnen: Mag. Andreas Schlitzer, Dr. Raimund Löw. Grafik & Layout: Peter-Paul Waltenberger, Niki Menger (Titel). Fotos: PRO-GE, fotolia, BMW Steyr, OMV. Cartoon: Bull. Rätsel: Vera Ribarich. Hersteller: Leykam Druck-GmbH & Co KG, 7201 Neudorf, Bickfordstraße 1. Redaktionsschluss der folgenden Ausgabe: 22. November 2010.

Pro +

45 JAHRE SIND GENUG!

Der Eiertanz um die sogenannte Hacklerregelung hat endlich ein Ende. Mit der Pensionsreform wurde beschlossen, dass die Langzeitversichertenregelung unbefristet fortgeführt wird. 45 Beitragsjahre sind weiterhin genug! Die Hacklerregelung soll zum Dauerrecht werden. Auch Schwerarbeit soll sich zukünftig auf die Invaliditätspension auswirken. Das Anfallsalter bei der Altersteilzeit wird dauerhaft mit 58/53 fixiert. Mit diesen Neuregelungen ist eine der wenigen Verbesserungen im Pensionsrecht seit 25 Jahren gelungen.

KURZ NOTIERT

BetriebsrätInnenbefragung 2010

Die BetriebsrätInnenbefragung im Auftrag der AK Oberösterreich befasste sich heuer vorwiegend mit Arbeitszeit und Leistungsdruck. Die Ergebnisse sind wenig überraschend: Einsparungen, zu wenig Personal, enge Zeitvorgaben und nicht zuletzt Umstrukturierungen sind die Hauptursachen für die Überlastung der Beschäftigten. In 75 Prozent der Unternehmen werden regelmäßig Überstunden geleistet, obwohl die Beschäftigten lieber kürzer arbeiten würden. Krankenstände und Burn-out-Fälle nehmen zu.

Mehr Infos unter www.isw-linz.at

Laxer Umgang mit Beschäftigten-Daten

Von einem laxen Umgang mit Beschäftigten-Daten in Deutschland berichtet die Hans-Böckler-Stiftung aufgrund einer Umfrage unter BetriebsrätInnen. Demnach würden zahlreiche Unternehmen den Anspruch ihrer Beschäftigten auf Datenschutz missachten. Jeder siebente Betriebsrat berichtet von Verstößen gegen geltende Vorschriften – unabhängig von der Größe des Betriebes.

Mehr Infos unter www.boeckler.de

Gewerkschaftliches Kakao-Netzwerk

Delegierte aus 21 Gewerkschaften und 14 Ländern haben sich ein ehrgeiziges Ziel gesteckt: Sie wollen ein gewerkschaftliches Netzwerk aufbauen, um die nachhaltige Zusammenarbeit in der Kakao- und Schokoladenbranche – über die gesamte Produktionskette hinweg – zu unterstützen. Das Netzwerk soll dazu beitragen, Preisschwankungen einzudämmen, stabile und faire Preise für die Bauern zu erreichen, Armut und Kinderarbeit in den Erzeugerländern zu unterbinden und faire Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Mehr Infos unter www.cocoanet.eu

Kontra - NACHTEILE FÜR FRAUEN

Eine Verbesserung der Definition von Schwerarbeit fehlt im Reform-Entwurf. Ebenso fehlt weiterhin die sofortige verbindliche Feststellung der Schwerarbeitszeiten. Durch die geplante Neuregelung wird das Zugangsalter von Frauen zur „Hacklerpension“ rascher angehoben, als die Angleichung des Regelalters von Frauen an das der Männer voranschreitet. Statt sozialer Ausgewogenheit werden hier unterschiedliche Lebensverläufe von Frauen und Männern einfach negiert und Frauen noch dazu massiv bestraft, kritisieren die PRO-GE-Frauen.



Rainer Wimmer,
Bundesvorsitzender der PRO-GE

WIR SIND DIE SPEERSPITZE

Der Lohnabschluss in der Metallindustrie ist ein deutliches Signal an alle Branchen und künftigen Lohnverhandlungen. Die Krise ist vorbei.

Die vielen Mitglieder und die starken Betriebsrätinnen und Betriebsräte der PRO-GE sind eine Speerspitze der ArbeitnehmerInnen-Vertretung in Österreich. Dies haben die Kollektivvertragsverhandlungen in der Metallindustrie und des Bergbaus einmal mehr gezeigt: „Metaller erkämpfen bis zu drei Prozent mehr Lohn“, war in den Medien zu lesen. Dieser Erfolg konnte dem Verhandlungsteam aber nur mit der großen „Solidargemeinschaft PRO-GE“ im Rücken gelingen. Den Beschäftigten in der Metallindustrie wird durch den Lohnabschluss auf jeden Fall mehr im Geldbörstel bleiben. Und zwar auch dann noch, wenn man die Inflation und zusätzliche Belastungen abzieht. Vor nicht einmal einem halben Jahr wütete noch die Wirtschaftskrise. Gerade die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Produktionsbetrieben bekamen dies mit Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit zu spüren. Daher ist dieser Lohnabschluss auch ein deutliches Signal an alle Branchen und weiteren Kollektivvertragsverhandlungen. Die Krise ist überstanden.

Drei Punkte des Ergebnisses in der Metallindustrie sind besonders herauszustreichen. Erstens: Durch einen Mindestbetrag beträgt die Lohnerhöhung in den unteren Lohngruppen bis zu drei Prozent. Der neue Mindestlohn liegt in der Metallindustrie nun über 1.500 Euro. Zweitens: Nur der solidarischen Haltung unserer Mitglieder ist es zu verdanken, dass der Eiertanz um die Streichung von Überstundenzuschlägen endlich beendet wurde. Die Arbeitgeber haben ihre Forderung nach Flexibilisierung vom Tisch genommen. Drittens: Wir haben das Thema Arbeitszeitverkürzung massiv vorangetrieben. Wir brauchen hier unbedingt Verbesserungen, um die Gesundheit der ArbeitnehmerInnen zu erhalten, Beschäftigung zu sichern und auszubauen.

Arbeitszeit neu bewerten

Und entgegen der Hoffnungen der Arbeitgeber werden kürzere Arbeitszeiten weiterhin ein Schwerpunkt unserer Gewerkschaft bleiben. Dies war erst der Anfang. Wir müssen die Arbeitszeit neu bewerten. Es geht um das Arbeiten unter erschwerten Bedingungen, und es geht um alternsgerechtes Arbeiten. Im Frühjahr werden wir mit anderen Interessenvertretungen Arbeitszeit-Workshops und im Sommer eine große Enquete mit ExpertInnen veranstalten. Auch die Arbeitgeberseite ist dazu eingeladen, wenn sie konstruktiv mitarbeiten will.

Glück auf! Euer Rainer Wimmer

15 Jahre EU-Mitgliedschaft – ein Stimmungsbild aus Österreich

Sind ÖsterreicherInnen EU-Muffel?

Während aktuell ein 750 Milliarden schwerer Euro-Rettungsschirm von der EU gespannt wird, heißt es für die BürgerInnen Europas sparen, sparen und noch mehr sparen. Viele fühlen sich von der EU bevormundet und im Regen stehen gelassen.



LINKTIPP:

Eurobarometer auf der Website der Europäischen Kommission in Österreich

http://ec.europa.eu/austria/index_de.htm

80 Prozent der österreichischen Gesetze tragen eine europäische Handschrift. Gesetzlich sind wir also schon längst europäisiert, in den Köpfen bleiben wir aber patriotischer als andere EU-Länder. „Die EU ist eine Wirtschaftsgemeinschaft gemagt von Banken, Militärs und Konzernen. Was Schlimmeres als die EU hätte uns nicht passieren können!“, kommentiert ein verärrterter Bürger einen Zeitungsartikel und ist mit dieser Meinung sichtlich nicht allein. Täglich ist in Zeitungen oder an Stammtischen von Luxus-Gehältern in Brüssel, Korruptionsskandalen oder absurden Richtlinien à la Gurkenkrümmung die Rede. Zur Verschärfung dieses Stimmungsbildes kommen die europaweiten Sparmaßnahmen gerade recht.

Wichtiger Akteur in der Krise.

Mit der Eurobarometer-Umfrage wird jährlich in allen EU-Mitgliedsstaaten die Einstellung der Bevölkerung zur EU erhoben. Die letzte Umfrage in Österreich Ende 2009 hat ein deutlich positiveres Stimmungsbild gezeigt als die Jahre zuvor. Sowohl die Zustimmung als auch das Vertrauen in die Europäische Union sind in Österreich gestiegen. Ge-

rade durch die Wirtschaftskrise wird die EU wieder vermehrt als Schutzgemeinschaft und als wichtiger Akteur in der Krise gesehen. Dennoch bleibt Österreich mit seiner Kritik in vielen Punkten in Spitzenposition. So werden vor allem hinsichtlich Image, Vorteile durch die Mitgliedschaft oder Berücksichtigung landeseigener Interessen schlechte Noten vergeben.

Negatives Image. Insgesamt sinkt zwar in Österreich der Frust gegenüber der EU, dennoch wird hierzulande weiterhin viel mehr Negatives mit der Union verbunden als in anderen Ländern. Bei der Frage, was mit der EU überhaupt assoziiert wird, führen ÖsterreicherInnen nach „Euro“ und „Mobilität“ bereits „mehr Kriminalität“, „Bürokratie“ und „Geldverschwendung“ an. „Mitsprache in der Welt“ und „Demokratie“ sind an den letzten Stellen.

Apropos Mitsprache. Dass an Möglichkeiten zur Mitsprache in Europa kaum noch jemand glaubt, versuchen Gewerkschaften immer wieder zu durchbrechen. Am 29. September haben sie sich bei der größten europäischen Gewerkschaftsdemonstration der vergangenen Jahre lautstark Gehör verschafft. Mehr als 100.000 Menschen aus allen Ecken Europas folgten dem Aufruf des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) und sagten laut „Nein“ zur unsozialen Sparpolitik in Europa. Zahlreiche GewerkschafterInnen aus Österreich, darunter auch aus der PRO-GE, marschierten mit. „Der heutige Tag ist ein gewaltiger Erfolg für die europäischen ArbeitnehmerInnen und ein klares Signal an die Verantwortlichen in der EU: „Ihr könnt nicht länger bloß auf die Märkte hören, ihr könnt nicht länger Zorn und Besorgnis der ArbeitnehmerInnen ignorieren“, so EGB-Generalsekretär John Monks bei der Abschlusskundgebung vor Tausenden Menschen.



Dr. Raimund Löw, Historiker, Publizist und ORF-Korrespondent in Brüssel

LINKTIPP:

Website von Raimund Löw
www.raimundloew.com

SOZIALLEISTUNGEN STATT SPARAPPELLEN

Die Finanzkrise hat Stärken und Schwächen der Europäer aufgezeigt.

Die größte Stärke: Dank der Gemeinschaftswährung konnten die spekulativen Attacken abgewehrt werden. Der Staatsbankrott Islands wäre ohne Euro kein Einzelfall geblieben. Von Österreich bis Irland hat die europäische Währung Hunderttausende Arbeitsplätze gerettet und viel menschliches Leid erspart.

Gleichzeitig wurden die Europäer schroff darauf hingewiesen, wie sehr bei 27 EU-Finanzministern eine gemeinsame Wirtschaftspolitik fehlt. Immerhin sollen jetzt die nationalen Budgets aufeinander abgestimmt werden.

Was fehlt ist klar: ein soziales Netz für die EU. Sozialpolitik hat laut offizieller Doktrin in den Nationalstaaten zu passieren. Wenn das Europaparlament versucht, den Mutterschutz europaweit auszuweiten, dann stimmen erstaunlicherweise sogar die meisten EU-Abgeordneten aus Österreich dagegen.

Im 21. Jahrhundert wird der Sozialstaat aber nur überleben, wenn er europäisch verankert ist. Sowie: Nur mit aktiver Sozialpolitik der EU wird Europa auf Dauer zusammenbleiben. Aus Brüssel sollten auch Sozialleistungen kommen, nicht nur Sparappelle und Sanktionen gegen Budgetsünder.

Die EU müsste dazu Mittel und Kompetenzen erhalten, um den Opfern der Krise die Sicherheit sozialer Mindeststandards bieten zu können.

VERTRAUEN IN DIE EU



POSITIVES IMAGE DER EU



NEGATIVES IMAGE DER EU



EU-MITGLIEDSCHAFT HAT VORTEILE VERSCHAFFT



Quelle: Eurobarometer 2009

EU 2020 soll Europa aus der Krise führen

LINKTIPPS:

Informationen zur Arbeit des Europa-
büros des ÖGB in Brüssel unter:

www.oegb-eu.at

Website von attac Austria

www.attac.at

Neue Strategie in altem Gewande

Die Wirtschaftskrise hat Europa schwer zu schaffen gemacht. Wachsende Arbeitslosigkeit, steigende Armut, soziale Ungleichgewichte und Budgetdefizite sind große Herausforderungen für die EU. Mit dem Wundermittel „Europa 2020“ will sie Antworten finden. Doch Gewerkschaften orten alten Wein in neuen Schläuchen.

Mehr Wirtschaftswachstum, ein hohes Beschäftigungs- und Produktivitätsniveau, sozialer Zusammenhalt und die Förderung umweltfreundlicher Technologien – so die groben Ziele der Strategie EU 2020, die Europa wieder aus der Krise führen soll. Im Juni 2010 haben sich die Regierungen der 27 Mitgliedsstaaten der EU auf diese Strategie geeinigt. Umgesetzt werden soll sie in Form integrierter Leitlinien. Konkret heißt das: wieder nichts Verbindliches.

Politischer Kurswechsel. Gewerkschaften hatten sich im Vorfeld aktiv in die Debatte um ein zukünftiges Europa eingebracht und einen grundlegenden politischen Kurswechsel gefordert. Davon ist nun aber wenig in Sicht. Eine Stärkung sozialer Mindeststandards oder konkrete Initiativen im Sozialbereich sind nicht vorgesehen. Ein Großteil der Kernziele (siehe Kasten „Eckpunkte“) ist zwar sozialer Natur, es fehlt aber an konkreten Maßnahmen und Verbindlichkeiten. „Der politische Druck der Gewerkschaften auf die Kommissionspolitik bleibt deshalb auch in der Zukunft ein Muss, um die Interessen der ArbeitnehmerInnen in der EU durchzusetzen“, so Oliver Röpke vom ÖGB-Europabüro in Brüssel.

Eckpunkte der Strategie Europa 2020

Diese Ziele müssen auf nationaler Ebene erreicht werden:

- 75 Prozent Beschäftigungsquote im Alter zwischen 20 und 64 Jahren
- 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes der EU sollen in Forschung und Entwicklung investiert werden
- Erfolgreiche Umsetzung der EU-Umweltziele (Senkung der CO₂-Emissionen um 20 Prozent und Steigerung der Verwendung erneuerbarer Energien um 20 Prozent)
- Mindestens 40 Prozent der 30- bis 34-Jährigen sollen eine Hochschulausbildung absolvieren; der Anteil der Schulabbrecher soll auf unter 10 Prozent zurückgehen
- 20 Millionen Menschen weniger als bisher sollen von Armut bedroht sein



Oliver Röpke Leiter des ÖGB-Europabüros in Brüssel

Die Gewerkschaften sollten die EU-Kommission beim Wort nehmen: Der Vertrag von Lissabon brachte zwar neue sozialpolitische Möglichkeiten, aber die müssen auch genutzt und umgesetzt werden. Davon kann derzeit aber keine Rede sein, wir entfernen uns sogar wieder vom Ziel eines Sozialen Europas. Die neuen verschärften Sparvorschläge der EU-Kommission konterkarieren die sozialen Ziele der EU-2020-Strategie und schreiben die gescheiterte EU-Politik der vergangenen Jahre fort. Der Binnenmarkt braucht aber wirksame soziale Spielregeln auf EU-Ebene. Deshalb ist eine starke Stimme der europäischen Gewerkschaften für ein Soziales Europa und einen grundlegenden Politikwechsel wichtiger denn je.



Alexandra Strickner Obfrau von attac Österreich

Der Traum eines sozialen Europas bleibt so lange bestehen, als Gewerkschaften, soziale Bewegungen und andere zivilgesellschaftliche Organisationen dafür kämpfen. Wenn wir ein soziales Europa wollen, müssen wir u. a. für eine umfassende Regulierung der Finanzmärkte, EU-weite Steuerharmonisierung, die Schließung aller Steueroasen (auch der Steueroase Österreich), die Einführung einer europaweiten Mindestlohnregelung (60 Prozent des jeweiligen nationalen Durchschnittseinkommens) und eine gänzlich andere EU-Außenhandelspolitik kämpfen. Das sind die Politikbereiche, wo die Zukunft des sozialen Europas entschieden wird. Um hier eine Politik im Interesse der Menschen und auch der Umwelt in Europa zu erreichen, braucht es mehr europaweit koordinierte, politische Kampagnen, Aktionen und Mobilisierungen.



Evelyn Regner Europaaabgeordnete

Leider müssen wir realistisch sein: Um Europa zu einer Sozialunion zu machen, ist eine Politik der kleinen Schritte gefragt. Die EU war ursprünglich ein reines Wirtschaftsbandnis. Der Vertrag von Lissabon hat hier Fortschritte gebracht, erstmals werden soziale Rechte angesprochen, obwohl die von uns GewerkschafterInnen geforderte soziale Fortschrittsklausel noch fehlt. Was mir ebenso abgeht ist das Konzept für soziale Mindeststandards. Das EU-Parlament ist in vielen Fragen weitaus sozialer eingestellt als Kommission und Rat. Wir werden auch weiter Druck machen, damit aus der EU ein Bündnis wird, in dem sich die Bürgerinnen und Bürger wiederfinden, in dem soziale Rechte ernst genommen werden.

Mehr dazu im Interview auf den Seiten 8–9.



Peter Schissler Internationaler Sekretär der PRO-GE

Die Mühlen mahlen leider sehr langsam, aber sie mahlen. Durch den Lissaboner Reformvertrag von 2009 ist auch der Schutz der ArbeitnehmerInnen indirekt ausgeweitet worden, denn der Vertrag stärkt das soziale Profil der EU. Soziale Marktwirtschaft und Vollbeschäftigung werden darin als Ziele der Union verankert. Die Bedeutung einer Sozialpolitik wird klar unterstrichen. Die Union hat sich mit dem Vertrag verpflichtet, soziale Ausgrenzung zu bekämpfen und auf die Förderung eines hohen Beschäftigungsniveaus und eines angemessenen Schutzes zu achten. Auch die Charta der Grundrechte ist endlich rechtsverbindlich. Ein soziales Europa ist keineswegs eine Illusion, nur ist der Weg dorthin noch ein steiniger.



Lobbyisten sollen sich an Regeln halten

Evelyn Regner im Interview über Lobbyismus, europäische Realitäten und Visionen.

LINKTIPP:

Alle Informationen zur Arbeit der Europaabgeordneten unter www.evelyn-regner.at

Glück auf! Als Leiterin des ÖGB-Europabüros in Brüssel hast du jahrelang Lobbying für ArbeitnehmerInnen im Parlament betrieben. Nun bist du selbst EU-Parlamentarierin. Was hat sich für dich verändert?

Regner: Was gleich geblieben ist: mein Engagement für die europäischen ArbeitnehmerInnen. Was sich verändert hat: Früher habe ich Vorschläge gemacht, wie die EU sozialer werden könnte, jetzt bin ich Gesetzgeberin geworden und kann mitentscheiden. Parlament und Rat sind gleichberechtigte Gesetzgeber in der Europäischen Union.

... und deine Einstellung zu Lobbyisten?

Regner: Es gibt Lobbyisten für Unternehmensinteressen und Lobbyisten, die sich für KonsumentInnenchutz, die Umwelt oder ArbeitnehmerInnenrechte einsetzen. Auch uns EU-Abgeordneten

nützt es, verschiedene Standpunkte präsentiert zu bekommen, um dann die bestmögliche Entscheidung treffen zu können. Zu kritisieren ist aber das Ungleichgewicht zwischen den Lobbyisten. Besonders im Zuge der Debatte um die Finanzmarktregulierung hat sich gezeigt, dass mit enormem finanziellem Aufwand Lobbying betrieben wird, und wir Abgeordnete regelrecht überrollt wurden. Lobbyisten sollen sich an Regeln halten. Ich möchte wissen, wer sie sind und vor allem, von wem sie bezahlt werden. Deshalb fordere ich mehr Transparenz.

Was sind für dich die wichtigsten Anliegen, die du 2011 gerne einbringen möchtest?

Regner: Die Regulierung der Finanzmärkte ist nach wie vor zentrale Aufgabe der EU, hier sind wir noch nicht am Ende des Tunnels angekommen. Die Regulierung der Verwalter alternativer Investmentfonds ist ein erster Schritt, dem noch viele folgen müssen. Ein wichtiges Ziel ist in diesem Zusammenhang

das Verbot von Leerverkäufen, für das ich mich einsetzen werde. Nächstes Jahr gehen die Übergangsfristen zu Ende, deshalb brauchen wir im Bereich der SaisonarbeiterInnen und der konzerninternen Entsendungen klare Regelungen. Was mir ebenso fehlt, ist die Überarbeitung der Entsenderichtlinie.

Am 29. September haben über 100.000 Menschen gegen unsoziale Sparmaßnahmen in ganz Europa protestiert. Waren sie erfolgreich?

Regner: Der Protest der 100.000 Menschen war einerseits erfolgreich, denn er war ein beeindruckendes Signal

an die politisch Verantwortlichen, dass ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmer bereit sind, für ihre Rechte zu kämpfen. Andererseits war er nicht erfolgreich, weil der Rat die geforderte Wirtschaftsregierung völlig falsch angegangen ist. Anstatt sich um die Konjunkturpolitik zu kümmern, hat man sich einseitig auf die Defizitbekämpfung konzentriert.

„ Ich möchte wissen, wer die Lobbyisten sind und von wem sie bezahlt werden. “





Evelyn Regner ist seit Juli 2009 Europaabgeordnete und Mitglied im Rechtsausschuss sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und Soziales. Die Juristin war bis 1998 Mitarbeiterin im sozialpolitischen Referat des ÖGB, danach leitete sie bis 2008 das ÖGB-Büro in Brüssel. Bis zu den EU-Wahlen im Juli 2009 war Regner Leiterin der ÖGB-Stabsstelle für EU und Internationales.

Eine Finanztransaktionssteuer (FTS) hat innerhalb der EU keine Mehrheit gefunden. Ist nach der Krise vor der Krise?

Regner: Die FTS wäre ein wichtiges Mittel, um die Spekulanten in die Schranken zu weisen, mehr Verteilungsgerechtigkeit zu erzielen und neue Einnahmequellen zu erschließen. Man muss zugeben, dass Bewegung in die Frage der Finanztransaktionssteuer gekommen ist. Politiker und Institutionen wie die Kommission oder der Internationale Währungsfonds, die vor wenigen Jahren nicht einmal über eine solche Steuer nachgedacht hätten, setzen sich jetzt mit ihr auseinander. Trotz des Gegenwindes ist es wichtig dranzubleiben, denn eine europaweite FTS wäre ein wichtiger Schritt hin zu einer globalen Steuer dieser Art.

Das EU-Parlament will ein EU-weites Mindesteinkommen? Wie stehst du zu dieser Forderung?

„Ein Mindesteinkommen würde das Armutsrisiko in den einzelnen Mitgliedsländern verringern.“

Regner: Ich setze mich für ein EU-weites Mindesteinkommen ein, das den Menschen in allen Ländern ermöglicht, 60 Prozent des Medianeinkommens zu verdienen. Das würde das Armutsrisiko in den einzelnen Mitgliedsländern verringern und wäre ein Instrumentarium zur Mindestlohnsicherung, unter Berücksichtigung der tarifvertraglichen Gepflogenheiten oder der Rechtsvorschriften der jeweiligen Mitgliedsstaaten. In Österreich existiert bereits ein gut funktionierendes System, fast alle nicht-selbstständigen Erwerbstätigen sind von einem Kollektivvertrag abgedeckt. Österreich wäre von diesem Mindestlohn also nicht betroffen. In Deutschland liegt die Quote der kollektivvertraglichen Absicherung lediglich bei 24 Prozent.

„Man muss zugeben, dass Bewegung in die Frage der Finanztransaktionssteuer gekommen ist.“

2010, das Europäische Jahr zur Bekämpfung

von Armut, ist schon fast wieder vorbei. Ist bei diesem Thema auf EU-Ebene tatsächlich etwas weitergegangen?

Regner: Armut ist kein unabänderliches Schicksal, sondern kann – wenn gewollt – verhindert werden. Die EU hat sich jetzt zum Ziel gesetzt, die Armut in Europa um 25 Prozent in den kommenden zehn Jahren zu senken. Das Jahr zur Armutsbekämpfung war Auslöser für diesen Vorstoß, jetzt gilt es, dieses Vorhaben mit Leben zu erfüllen. Dazu braucht es aber auch die Kooperation der Mitgliedsstaaten, die dafür Sorge tragen müssen, europäische Vorgaben in innerstaatliches Recht umzusetzen.

Welche drei sozialen Errungenschaften der EU für ArbeitnehmerInnen fallen dir spontan ein?

Regner: Die Entsenderichtlinie, die Einführung des Beschäftigungskapitels und die Grundrechtecharta mit den sozialen Grundrechten!

LINKTIPP:

Alle Einreichungen und die GewinnerInnen der Modenschau unter www.individualfairfashionaward.at



Gewinnerbild des Individual Fair Fashion Awards. Die Kampagne „Fairer Handel – Mein Stil“ beschäftigt sich mit den Arbeitsbedingungen in der Textil- und Bekleidungsindustrie.

Individual Fair Fashion Award

Als Teil der Kampagne der Weltläden anlässlich des Weltladentags 2010

wurden unter dem Motto „Fairer Handel – Mein Stil“ die GewinnerInnen einer Online-Modenschau gekürt. Gesucht waren kreative Kombinationen von fairer Mode und Accessoires. Die Beurteilung erfolgte durch eine Jury, zusammengestellt aus FairFashion-ExpertInnen, NGOs, Gewerkschaften und fairen Modelabels. „Die vielen Einsendungen waren sehr ideenreich und vielfältig“, zeigte sich auch Gerald Kreuzer, zuständiger Branchensekretär der PRO-GE und Jurymitglied, begeistert von der Initiative. Zu gewinnen gab es FairShopping-Gutscheine und weitere Fairtrade-Produkte aus den Weltläden.

VIDEO

Neuer Imagefilm

Der aktuelle Kurzfilm auf www.youtube.com/GewerkschaftPROGE wurde gemeinsam mit zahlreichen BetriebsrätInnen erstellt und zeigt die Vielfalt der Branchen innerhalb der PRO-GE Wien auf. Als Promi-Darsteller wirkte Roman Gregory, der Frontmann der Wiener Kultband „Alk bottle“ und Starmania-Juror im Video mit.

VERLOSUNG



Gewinne das Spiel „Quelf“

Die PRO-GE verlost im Zuge des heurigen Spielefestes von 19.–21. November im Wiener Austria Center Vienna das brandaktuelle Gesellschaftsspiel Quelf, ein unberechenbares Partyspiel, das dem Wort Chaos einen völlig neuen Sinn gibt. Bist du Gewerkschaftsmitglied, dann spiel auch du mit und schicke eine E-Mail an presse@proge.at.

GEWINNSPIEL

Buchtip: Demagogen entzaubern!

Das Buch von Willi Mernyi und Michael Niedermair wendet sich an alle, für die Zivilcourage mehr ist als ein Schlagwort. Es ist für diejenigen, die dem demagogischen Klima, das sich am Arbeitsplatz und in der Öffentlichkeit auszubreiten droht, etwas entgegensetzen wollen. Mit Hilfe dieses Buches gelingt es, Tricks der Demagogen zu durchschauen. Infos helfen, in schwierigen Gesprächssituationen Vorurteile zu entkräften und Menschen für sich zu gewinnen.

Die Gewerkschaft PRO-GE verlost drei Exemplare dieses Buches. Bist du Gewerkschaftsmitglied, dann schicke ein E-Mail unter „Gewinnspiel – Demagogen entzaubern“ mit Namen und Adresse an presse@proge.at. Die GewinnerInnen werden schriftlich verständigt.



INITIATIVE KINDERREHA

12.000 Unterschriften

Bereits 12.200 UnterstützerInnen zählt der Förderverein „Kinder- und Jugendlichenrehabilitation“ in Österreich. Das Ziel der Initiative, die vom niederösterreichischen PRO-GE-Landessekretär Markus Wieser ins Leben gerufen wurde, ist eine umfassende rehabilitative Betreuung für Kinder und Jugendliche. Ein erster großer



Erfolg ist die Errichtung einer Arbeitsgruppe im Gesundheitsministerium. Unterstütze auch du die Initiative unter www.initiative-kinderreha.at.

Betriebsrat bei TTI Personaldienstleistung gegründet

Frischer Wind für mehr Zufriedenheit



Sie bekommen oft weniger Geld für die gleiche Arbeit, nur wenige erhalten die erhoffte Fixanstellung – ZeitarbeiterInnen stehen bei Unternehmen wieder hoch im Kurs.

Für ihre Probleme fühlt sich kaum wer zuständig. Das wollte Klaus Mayrhofer mit der Gründung eines Betriebsrates beim oberösterreichischen Personaldienstleister TTI ändern.



Das frischgebackene Betriebsratsteam bei TTI ist seit Sommer für rund 1.900 Beschäftigte in ganz Österreich im Einsatz.

„**Mein Ziel** ist es, die ZeitarbeiterInnen dem Stammpersonal gleichzustellen. Hier ist auch schon ein erstes Umdenken sichtbar“, gibt sich Klaus Mayrhofer zufrieden. Ihm ist es mit Unterstützung der Gewerkschaft PRO-GE gelungen, im Sommer 2010 einen Betriebsrat für die rund 1.900 Beschäftigten bei TTI Personaldienstleistung zu gründen. Ein Erfahrungsaustausch in dieser Branche ist schwierig, denn die Anzahl der BetriebsrätInnen in der Arbeitskräfteüberlassung ist noch immer gering. Unterstützung kam daher von KollegInnen aus Betrieben wie BMW, MAN Steyr, Rosenbauer, SKF Steyr und Piesslinger, in denen ZeitarbeiterInnen beschäftigt werden. Aber auch die Unternehmensleitung hat die Gründung des Betriebsrates befürwortet.

Wo drückt der Schuh? In der Zeitarbeitsbranche ist die Unzufriedenheit mit der Arbeit besonders hoch. Der Schuh drückt hier gleich an mehreren Stellen: „Weniger Geld für die gleiche Arbeit, die ständige Unsicherheit über eine mögliche Fixanstellung, Konflikte um Arbeitszeit, Sozialleistungen und leider auch immer wieder mit der Stammbelegschaft“, nennt Klaus Mayrhofer die Kinder beim Namen. Der Unmut ist hier oft schon vorprogrammiert. Mit Gesprächen, rechtlichen Informationen und praktischen Tipps will der Betriebsratsvorsitzende Mayrhofer mit seinem Team die Probleme angehen.

Gemeinsames Ziel. Das gute Gesprächsklima mit der Unternehmensleitung kommt ihm hier ebenso zugute, wie die zweijährige Ausbildung in der Gewerkschaftsschule, wo er praktisches Handwerkzeug für die neue Herausforderung lernen konnte. „Mit einer guten Vertretung lassen sich viele Probleme lösen“, ist der zuständige PRO-GE-Sekretär

Stefan Guggenberger überzeugt. „Je mehr Beschäftigte gewerkschaftlich organisiert sind, desto besser wird es uns gelingen, dieses Ziel zu erreichen“, sind sich Mayrhofer und Guggenberger einig.

Antworten zum Thema Zeitarbeit bzw. Kontakte zu BetriebsrätInnen findest du unter www.leiharbeiter.at.

Bei Fragen helfen dir die ExpertInnen der Gewerkschaft PRO-GE unter der Tel.-Nr. 01/534 44-69580 bzw. unter akue@proge.at gerne weiter.

Kollektivvertrags-Abschlüsse im Metallbereich

Metaller erreichen über 1.500 Euro Mindestlohn!

Nach 17 Stunden Verhandlungsmarathon und über 400 Betriebsversammlungen war es am 6. November so weit: Die Gewerkschaften PRO-GE und GPA-djp erkämpften bis zu drei Prozent mehr Lohn und Gehalt für die Beschäftigten in der Metallindustrie und des Bergbaus. Mit dem Abschluss im Metallgewerbe vom 10. November liegt der neue Mindestlohn im gesamten Metallbereich bei über 1.500 Euro!

LINKTIPPS:

Alle Infos zu den Lohnrunden und Kollektivverträgen www.proge.at oder www.lohnrunden.at

Warum fordert die Gewerkschaft kürzere Arbeitszeiten? www.proge.at/arbeitszeit



Arbeitgeber provozieren Eklat zu Beginn der Verhandlungen am 30. September.

Dramatisch verlief am 5. November die entscheidende Lohn-Verhandlungsrunde für die 165.000 Beschäftigten der Metallindustrie und des Bergbaus. Zweimal standen die Verhandlungen vor dem Abbruch, da die Arbeitgeber nicht bereit waren, ihr Mini-Angebot zu erhöhen. Die Wirtschaft verlangte zudem, dass die Gewerkschaft das Thema Arbeitszeitverkürzung zurückzieht. Selbst Gespräche im Anschluss an die Kollektivvertrags-Runde wurden abgelehnt. Erst nachdem die PRO-GE auf die Konsequenzen eines Abbruchs aufmerksam machte, kam Bewegung in den Verhandlungsverlauf.

Kräftiges Lohnplus. Durch den Mindestbetrag von 45 Euro in der Metallindustrie beträgt das Lohn- und Gehaltsplus in den unteren Einkommensgruppen bis zu drei Prozent. Florierende Unternehmen zahlen in der Industrie noch einen Einmalbetrag bis 150 Euro, abhängig vom Betriebserfolg. Sowohl im Gewerbe als auch in der Industrie konnten die Gewerk-

LOHNABSCHLÜSSE METALLBRANCHE IM ÜBERBLICK

Metallindustrie und Bergbau:

- Mindestlöhne plus 2,5 Prozent
- Ist-Löhne plus 2,3 Prozent, Mindestbetrag von 45 Euro; ergibt ein Lohnplus von bis zu 3 Prozent
- Neuer Mindestlohn: 1.515,84 Euro
- Bei positivem Betriebserfolg gebührt eine Einmalzahlung:
 - 0 bis <4 Prozent Betriebserfolg in % der Betriebsleistung: 50 Euro
 - 4 bis <8 Prozent Betriebserfolg in % der Betriebsleistung: 100 Euro
 - >8 Prozent Betriebserfolg in % der Betriebsleistung: 150 Euro
- Zulagen und Aufwandsentschädigungen plus 2,3 Prozent
- Lehrlingsentschädigungen plus 2,3 Prozent
- Prämie für Lehrlinge bei bestandener Lehrabschlussprüfung von 150 Euro (*mehr dazu auf Seite 17*)
- Geltungsbereich: 1. November 2010

- Geltungsdauer: 12 Monate
- Geltungsbereich: 165.000 Beschäftigte (Angestellte und ArbeiterInnen)

Metallgewerbe

- Mindestlöhne plus 2,45 Prozent
- Ist-Löhne plus 2,2 Prozent
- Neuer Mindestlohn: 1.511,62 Euro
- Zulagen plus 2,2 Prozent
- Lehrlingsentschädigungen plus 2,4 Prozent
- Prämie für Lehrlinge bei guter oder ausgezeichneter Lehrabschlussprüfung von 200 bzw. 250 Euro (*mehr dazu auf Seite 17*)
- Geltungsbereich: 1. Jänner 2011
- Geltungsdauer: 12 Monate
- Geltungsbereich: 110.00 ArbeiterInnen und Lehrlinge

PRO-GE

IE PRODUKTIONSGEWERKSCHAFT



Rainer Wimmer informiert die Beschäftigten der voest in Linz am 3. November.

schaften Lehrlingsprämien für die Zwischen- und Lehrabschlussprüfungen erreichen. Der neue Mindestlohn beträgt nun in beiden Bereichen über 1.500 Euro. Möglich wurde dieser satte Lohnabschluss unter anderem durch die im Vorfeld abgehaltenen Betriebsversammlungen in der Metallindustrie: „Erst durch den massiven Druck unserer BetriebsrätInnenkonferenzen und der 413 Betriebsversammlungen in ganz Österreich konnte dieser Erfolg für die Beschäftigten erreicht werden. Für diese massive solidarische Unterstützung danken wir allen Mitgliedern und allen Betriebsrätinnen und Betriebsräten“, sagt Rainer Wimmer, Vorsitzender der PRO-GE.

Wie hier in der voestalpine Linz beteiligten sich Tausende ArbeiterInnen an den Betriebsversammlungen in ganz Österreich.

Beschluss der Resolution, Betriebsversammlung der voest Donawitz.

Realer Lohnzuwachs. Auch das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) begrüßt den Lohnabschluss der Metallindustrie. Wenn die Löhne in diesem Ausmaß steigen, sei dies gut für die Inlandsnachfrage und damit für die Konjunktur, sagte Alois Guger dem ORF-Radio. Mit diesem Plus werde den MitarbeiterInnen aber auf jeden Fall mehr im Geldbörsel bleiben, auch dann noch, wenn man die Inflation und zusätzliche Belastungen abzieht. Damit würden die Reallöhne steigen, so Guger.

Nacht der Entscheidung, Verhandlung von 5. auf 6. November in der WKÖ.

Arbeitszeitverkürzung. Alle Themen rund um Arbeitszeit werden von der PRO-GE weiter verfolgt. „Unsere Forderung nach kürzeren Arbeitszeiten bleibt ein wichtiger Schwerpunkt in der Kollektivvertragsarbeit, weil es um viele wichtige Interessen der Beschäftigten geht“, betont Wimmer. Die diesjährige Lohn- und Gehaltsrunde hat die Debatte mit den Arbeitge-

bern erst so richtig in Gang gebracht. Vor allem wird die Zielsetzung kürzerer Arbeitszeiten bei Arbeit mit besonderen Belastungen, wie zum Beispiel bei der Schicht-, Akkordarbeit oder bei der Montage, von den Beschäftigten und BetriebsrätInnen massiv unterstützt. Es geht auch um alternsgerechte Arbeitsplätze. Daher wird

die PRO-GE im Frühjahr mit anderen Organisationen und ExpertInnen Workshops zu diesen Themen veranstalten. Im Sommer soll eine Arbeitszeit-Enquete die Diskussion weiter vorantreiben. Mit oder ohne Arbeitgeberseite, das Thema Arbeitszeit wird nicht in einer Schublade verschwinden.



Betriebsreportage Agrana Zuckerfabrik Tulln

Zucker aus der Rübe



Zucker ist in Österreich schon lange kein Luxusgut mehr. 44 Kilo ist der Pro-Kopf-Jahresverbrauch, in Zuckerrüben wären das 350 Kilo. In zwei österreichischen Zuckerfabriken von einstmals sieben werden jährlich rund 420.000 Tonnen des „süßen Goldes“ hergestellt.

Von Barbara Trautendorfer

Eine lange Schlange von Lkw und Traktoren, voll beladen mit Zuckerrüben, hat sich auf dem Betriebsgelände der Agrana Zuckerfabrik in Tulln, Niederösterreich, gebildet. Die Bauern und Lkw-Fahrer warten darauf, dass ihre Fracht gewogen und Proben der Rüben

entnommen werden, denn die Bezahlung richtet sich nach Menge und Zuckergehalt. Es nieselt leicht an diesem Herbsttag, die Straßen sind matschig. Der süße Geruch von Zuckersirup erfüllt das Gelände. Ein Fahrzeug nach dem anderen wird abgefertigt. Die Rüben kommen entweder gleich in die Verarbeitung oder werden zwischengelagert.

Die Lagerung muss möglichst kurz und trocken sein, da sonst die Rüben an Zuckergehalt verlieren können.



Eigene Fachkräfteausbildung. Im Werk Tulln sind 150 ArbeiterInnen, 22 Lehrlinge und 110 Angestellte beschäftigt. „Im ArbeiterInnenbereich sind wir zu fast 100 Prozent organisiert“, erzählt Thomas Buder, Zentralbetriebsratsvorsitzender von Agrana, stolz. „Ich lege sehr viel Wert darauf, den ArbeiterInnen zu vermitteln, was Betriebsrat und Gewerkschaft leisten“, erklärt Buder. Während der Kampagne – so nennt man die Zeit von Anfang September bis Mitte Jänner, in der die Rüben angeliefert und Zucker produziert wird – sind zusätzlich 80 SaisonarbeiterInnen, meist Bauern aus der Umgebung, beschäftigt. Außerhalb der Kampagne werden die Maschinen gewartet und repariert. Dem 40-jährigen Betriebsrat ist die Lehrlingsausbildung ein besonderes Anliegen. Auch nach dem Krisenjahr 2006 werden nach wie vor jährlich sechs Lehrlinge aufgenommen.

Stromausfälle gibt es nicht. Die ArbeiterInnen in der Leitzentrale konzentrieren sich auf die vielen Bildschirme. Sie überwachen die großteils automatisierte Produktion aufmerksam, um bei Problemen sofort einzugreifen. Nur kurz können die FacharbeiterInnen zwischendurch den Platz verlassen. Auf den Übertragungsbildern ist zu sehen, wie die Rüben gewaschen, geschnitten und per Förderband zur Saftgewinnung transportiert werden. In 70 °C heißem Wasser löst sich der Zucker aus den Rübenschnitzeln. Ein grauer Saft, der Rohsaft, entsteht. Beigemengte Kalkmilch bindet die Nicht-Zucker-



Jedes der Messer zum Rüben schneiden bleibt nur 17 Stunden im Einsatz bis es wieder geschliffen werden muss.



kristalle zu sehen. Damit die Kristallisation beginnt, wird der Dicksaft mit sehr feinem Zuckerstaub „geimpft“. An den Partikeln wachsen Kristalle an, die erst in der Zentrifuge, durch die Abtrennung des überschüssigen Sirups, weiß werden. Der Weißzucker wird schließlich im Luftstrom getrocknet, gekühlt und in Silos gelagert bis er in vielfältigen Formen abgepackt wird.

Vollständige Verwertung. Berge von Zuckerrüben so weit das Auge reicht. Ein Bagger schaufelt am Lagerplatz die neu angelieferten Rüben möglichst platzsparend übereinander. Während der Kampagne arbeiten die Beschäftigten im Vier-Schicht-Betrieb rund um die Uhr, auch über Weihnachten und Neujahr. Nachts wird die Fabrik per Bahn mit Rüben aus ganz Österreich beliefert. Mittlerweile werden nur noch 45 Prozent per Lkw angeliefert. Die Zuckerrüben werden vollständig verwertet, so entstehen wertvolle Nebenprodukte wie Pellets, Melasse und Carbokalk. Pellets, die ausgelaugten und gepressten Rü-

stoffe im Rohsaft. Der so gereinigte Dünnsaft wird anschließend durch mehrstufige Verdampfung in braunen, zähen Dicksaft verwandelt. Im Kesselhaus wird Dampf für die Stromerzeugung mittels Dampfturbinen erzeugt. Mit dem Dampf werden die Kochapparate und die Verdampfung versorgt. „Wir sind völlig unabhängig, denn ein Stromausfall wäre fatal“, erklärt Buder: „Nach kurzer Zeit müssten wir den Zucker aus den Kesseln stemmen.“

Wie wird der Zucker weiß? In der Fabrikhalle ist es so heiß wie in einer Sauna. An einigen der zahlreichen hohen Kessel, sogenannte Kochapparate, sind Bullaugen angebracht. Wie bei einer Waschmaschine kann man dem herumwirbelnden Zuckersaft zusehen. Die Temperaturen und gemessenen Werte werden in der Leitzentrale genau beobachtet. Auf einem Bildschirm sind vergrößerte Zucker-



Der gelernte Elektriker, Thomas Buder (re.), ist seit 2006 Zentralbetriebsratsvorsitzender bei Agrana.



Damit wurde geregelt, wie viel Zucker in Europa hergestellt werden darf, und dass der Preis von 600 Euro für eine Tonne Zucker auf 405 Euro fallen soll. Der Preis soll so dem Weltpreis von rund 250 Euro angepasst werden. Seit 2006 mussten in Europa 110 Zuckerfabriken zusperrern. 2014 droht durch eine neuerliche Neuregelung eine völlige Liberalisierung. „Mit den Preisen z. B. aus Brasilien kann Österreich nicht mithalten. Kommt eine vollständige Liberalisierung stellt sich natürlich die Frage, ob die heimische Zuckererzeugung noch mithalten kann“, ist Konzernbetriebsratsvorsitzender Buder besorgt. Doch bis dahin wird Agrana noch eine Menge österreichischen Zucker produzieren – aus unvorstellbaren 2,9 Mio. Tonnen Zuckerrüben pro Kampagne.

Die gesamte Produktion ist großteils automatisiert. Diese Rübenschnitzel werden gerade zur Saftgewinnung transportiert.



Aus der Zentrifuge fällt der Weißzucker auf dieses Förderband, von wo er zur Lufttrocknung kommt.

benschnitzel, werden als Tierfutter verkauft. Der abgetrennte Sirup bei der Weißzuckererzeugung findet als Melasse Verwendung in der Backhefe- und Futtermittelindustrie und Carbokalk, der Filtrerrückstand bei der Dünnsaftherstellung, ist ein wertvolles Bodenverbesserungsmittel.

Ungewisse Zukunft. 2006 wurde in der EU die Marktordnung für Zucker neu geregelt.





Claudia Tastel bei der Anton-Benya-Preisverleihung mit ÖGB-Vizepräsidentin Sabine Oberhauser (li.) und der Wiener Stadträtin Sandra Frauenberger (re.).

Anton-Benya-Preis für PRO-GE-Betriebsrätin

Ein Leben für die Forstarbeit

Sie arbeitet körperlich schwer, ist als Betriebsrätin sehr engagiert und bekam kürzlich den Anton-Benya-Förderpreis verliehen. Claudia Tastel nimmt als Forstfacharbeiterin eine Vorreiterrolle in einem „Männerberuf“ ein.

Deshalb kommen die Leute oft in meiner Freizeit zu mir“, erklärt Tastel.

Zu 100 Prozent organisiert. Für Tastel sind die gewerkschaftlichen Errungenschaften sehr wichtig. „Viele der Jungen wissen gar nicht mehr, wofür sie die Gewerkschaft brauchen“, erzählt die Betriebsrätin. Dass sie starke Argumente hat, beweist der Organisationsgrad von 100 Prozent. Aber nicht nur zu den Lehrlingen pflegt sie den Kontakt, auch die PensionistInnen besucht sie regelmäßig – alles in ihrer Freizeit. Zusätzlich ist Tastel in verschiedenen Gremien der PRO-GE und in der Landarbeiterkammer vertreten. Trotz des enormen Zeitaufwands arbeitet sie gerne als Betriebsrätin. Ihr größtes Anliegen für die Zukunft: „Ich möchte nicht, dass der Beruf ausstirbt.“

„Ich könnte mir nicht vorstellen in einem Büro zu sitzen“, steht für Claudia Tastel fest. Obwohl die 38-Jährige bereits einen Bandscheibenvorfall hatte, denkt sie nicht daran, ihren Beruf zu wech-

seln. Aus Liebe zur Natur nimmt sie die anstrengende und gefährliche Arbeit in Kauf. Zusätzlich opfert Tastel viel ihrer Freizeit für die Betriebsratsarbeit. „Im Wald habe ich meist keinen Empfang und die KollegInnen sind mir auch nach Dienstschluss wichtig.

Arbeitsmarktöffnung Mai 2011

Der Schwarzarbeit auf der Spur

Die KIAB (Kontrolle illegaler Arbeitnehmerbeschäftigung) wird es so, wie sie heute existiert, nicht mehr lange geben. Ab Mai 2011 ändert sich das Aufgabenfeld, denn die Übergangsfrist für den österreichischen Arbeitsmarkt endet.

LINKTIPP:

Website des Finanzministeriums
<http://www.bmf.gv.at/>

Frühmorgens: Ein Bus mit Bauarbeitern wird von unauffällig gekleideten Männern angehalten – eine typische Kontrolle der KIAB, einer im Finanzministerium angesiedelten Einheit. In ihrem „fahrbaren Büro“ können die Außendienst-MitarbeiterInnen sofort feststellen, wann jemand bei der Sozialversicherung angemeldet wurde oder die steuerlichen Angelegenheiten eines Unternehmens prüfen. Unterentlohnungen, auch von österreichischen Unternehmen, können erst mit dem neuen Lohn- und Sozialdumpinggesetz ab Mai 2011 angezeigt werden.

Ab dann soll eine Finanzpolizei, mit aufgestocktem Personal, den Kampf gegen Steuerpflicht und Schattenwirtschaft aufnehmen.



Keine Angst vor Kontaktaufnahme!

- Die KIAB ist auf Hinweise angewiesen! Gibt es den begründeten Verdacht der Überschreitung rechtlicher Vorschriften, sollte die KIAB sofort verständigt werden (Kontakt in jedem Finanzamt).
- Das Unternehmen soll auf keinen Fall von der Ermittlung durch die KIAB erfahren.
- Erstattet eine Person Anzeige, darf die KIAB den Namen nicht weitergeben.
- Die Kontrolle muss auf der Betriebsstätte erfolgen. Eine Wegbeschreibung zum Arbeitsort (z. B. bei Forstarbeit) ist für die KIAB sehr hilfreich.

Frauenstiftung Steyr

Selbstbewusst in Männerdomäne

Technische Berufe bieten gerade jungen Frauen und Mädchen oft die besseren Perspektiven am Arbeitsmarkt. Um in den „Männer-Berufen“ bestehen zu können, ist sicheres Auftreten und Durchsetzungsvermögen gefragt.

LINKTIPP:

Frauenstiftung Steyr
www.frauenstiftung.at

Junge Frauen

und Mädchen, die sich für technische Berufe entscheiden, stehen immer noch einem männlich dominierten Arbeitsumfeld gegenüber – männliche Chefs, männliche Kollegen und viele männliche Kunden. Um die dadurch entstehenden Herausforderungen besser bewältigen zu können, hat die Frauenstiftung Steyr in diesem Jahr die jungen Technikerinnen der Firmen SKF Österreich AG und BMW Motoren GmbH mit dem Pilotprojekt „CAT – Competent And Tough“ unterstützt.

Im Alltag anwendbar. „Tough“ waren die jungen Frauen in den beiden Firmen eigentlich schon“, sagt Ulrike Stieger, Projektleiterin der Frauenstiftung Steyr. „Aber in der Analyse zeigte sich, dass sie vor allem im Kommunikationsverhalten und in Konfliktsituationen andere Bedürfnisse haben als ihre männlichen Kollegen.“ Im Projekt lernten die Teilnehmerinnen ihre Kommunikations- und Kooperationsfähigkeit zu stärken und erarbeiteten daraus Tipps und Verbesserungsvorschläge für den Arbeitsalltag in den Firmen. Diese wurden in einem Transfer-Workshop an die Personalabteilungen vermittelt. „Ich bin mir über mein Verhalten in vielen Situationen jetzt stärker bewusst. Gleichzeitig hoffe ich aber auch, dass sich vermehrt Vorgesetzte für eine gute Kommunikation mit uns weiblichen Lehrlingen einsetzen“, bestätigt Nicole Mayr, Lehrling zur Produktionstechnikerin bei BMW.

Frauen in die Technik! Das Interesse junger Frauen für technische Berufe ist übrigens keineswegs einseitig. „Die Betriebe waren auch sehr interessiert daran, wie sie für Technikerinnen und weibliche Lehrlinge attraktiver werden können“, berichtet Stieger. Ein Anliegen, dem Leopold Tursch, zuständig für die Lehrlingsausbildung beim BMW-Werk Steyr, voll zustimmt: „Weshalb auch sollten technische Berufe weiterhin eine Männerdomäne bleiben? Dafür gibts keinen vernünftigen Grund.“



Erfolg für PRO-GE-Jugend

Herbstlohnrunde 2010: Lehrlinge in Metallindustrie und Bergbau erhalten künftig für die bestandene Lehrabschlussprüfung eine Prämie von 150 Euro, Lehrlinge im Metallgewerbe bei gutem oder ausgezeichnetem Erfolg 200 bzw. 250 Euro.

„Unsere Kampagne ‚Weil sonst deine Mäuse flöten gehen!‘ zeigt eindeutig Wirkung“, freut sich PRO-GE-Jugendvorsitzender Jürgen Michlmayr über mittlerweile fünf Kollektivverträge der PRO-GE, in denen eine Prämie zur Lehrabschlussprüfung verankert werden konnte. „Das macht mich optimistisch, dass wir unsere Forderungen auch in anderen Branchen durchbringen werden.“

Nur der Anfang. „Wir sehen die vorliegenden Einigungen nur als ersten erfolgreichen Schritt“, sagt Bruno Kamraner, PRO-GE-Bundesjugendsekretär. Der wirklich große Brocken liegt in der Beteiligung an den Förderungen der Zwischenprüfung zur Mitte der Lehrzeit. Das klare Ziel der PRO-GE-Jugend ist, den Lehrlingen auch davon einen ordentlichen Anteil zu sichern, und das in allen Branchen. „Mit diesem KV-Abschluss haben wir einmal den Fuß in der Tür, und wir werden jetzt sicher nicht mehr locker lassen“, kündigt Kamraner an.

Mehr Information zur Kampagne unter
www.proge-jugend.at

amaZone-Award 2010 vergeben

OMV ausgezeichnet

Bereits zum 15. Mal wurde heuer die Auszeichnung für Betriebe vergeben, die sich für die Lehrausbildung von Mädchen und jungen Frauen in nicht-traditionellen Berufen stark machen.

Die weiblichen Lehrlinge der OMV bei der Übergabe des amaZone-Preises mit Bundesministerin Heinisch-Hosek, dem Girls-Coach Rustler und dem Ausbildungsleiter Steinwender.



37 Unternehmen bewarben sich heuer für den begehrten „amaZone“-Preis 2010 in den drei Kategorien „Kleine und mittlere Unternehmen“, „Großbetriebe“ sowie „öffentliche und öffentlich-naher Unternehmen“. Damit werden Betriebe prämiert, die sich für die Lehrlingsausbildung von Mädchen in nicht-traditionellen Berufen engagieren. Im Zuge eines ausführlichen Auswahlverfahrens kürte eine Fachjury aus den Bereichen Arbeitsmarkt, Wirtschaft und Sozialpartner die drei Gewinner. Als Sieger in der Kategorie „Großbe-

trieb“ ging heuer die OMV hervor. Das Unternehmen leistete in den vergangenen Jahren hervorragende Arbeit in der Ausbildung weiblicher Lehrlinge in handwerklich-technischen Berufen.

Hervorragende Lehrlingsarbeit. Speziell im neuen Lehrberuf Chemieverfahrenstechnik war die Leistung der OMV beeindruckend: Innerhalb von fünf Jahren haben sie es geschafft, den Anteil weiblicher Lehrlinge von 0 auf 20 Prozent zu steigern. Honoriert wurde neben der ausgezeichneten Lehrlingsarbeit auch das behutsame Heranführen junger Frauen an die Technik. Dies gelang vor allem durch die Betreuung der Frauenbeauftragten

Christine Asperger und dem eigenen „Girls-Coach“ Manuela Rustler. Auch regelmäßige Frauentreffen, Teilnahme an den Girls Days, gezielte Frauenwerbung beim AMS und in der Werbung spielten dabei eine große Rolle.

Feierlicher Rahmen. Der „amaZone“-Preis – eine Initiative des Vereins Sprungbrett – wurde durch Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek und Frauenstadträtin Sandra Frauenberger an die weiblichen Lehrlinge, den Girls-Coach sowie den Ausbildungsleiter Andreas Steinwender in feierlichem Rahmen übergeben. Anwesend waren auch Arbeiterkammer-Präsident Herbert Tumpel sowie Brigitte Jank, Präsidentin der Wirtschaftskammer Wien.

Papierwerk W. Hamburger

Kraftwerk ist Überlebensfrage

Gewerkschaft und Betriebsrat fordern schnelle Entscheidung für Ersatzbrennstoff-Kraftwerk.

Sechs Jahre kämpft das Papierwerk Hamburger in Pitten nun um eine Baugenehmigung. Das Land Niederösterreich hat bereits in erster Instanz für das wichtige Projekt entschieden. Hunderte von Einsprüchen drohen allerdings, die Entscheidung auf weitere Jahre zu verzögern. „Die MitarbeiterInnen stehen voll hinter der dringenden Investition. Das Kraftwerk ist langfristig eine Überlebensfrage für den Betrieb“, stellte Rainer Wimmer, PRO-GE-Vorsitzender, anlässlich eines

Betriebsbesuches fest. „So schnell wie möglich muss nun investiert werden, damit der Standort konkurrenzfähig bleibt. Zudem werden auch zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen“, betonte Arbeiterbetriebsrat Hermann Dekker.

Der Betrieb produziert Rohpapier für die Wellpappeproduktion und verwendet dafür zu 100 Prozent Altpapier. Die Papierherstellung ist sehr energieintensiv. Auch fallen bei der Rohpapier-Produktion Restmaterialien an. Daher soll neben dem bestehenden Kohlekessel ein Ersatzbrennstoff-Kraftwerk den Standort langfristig absichern. „Damit würde der Kreislauf geschlossen und zudem die Region entlastet, da bis heute Zigttausende Tonnen von Resten der Produktion per Lkw weggeführt werden müssen“, sagte Dekker.

Verhandlungserfolg: Sozialplan
mit Härtefonds und Arbeitsstiftung

Triumphaler Sozialplan

Ab Jänner 2011 werden bei Triumph Hartberg
keine Fäden mehr gezogen.

Der Fahrplan für das angeschlagene Werk des Unterwäscheherstellers Triumph in Hartberg steht nach wochenlangen Verhandlungen zwischen Betriebsrat, Gewerkschaft PRO-GE und Konzernleitung fest: Für die MitarbeiterInnen wurde ein ausgeklügelter Sozialplan entworfen, der einen Härtefonds und eine Arbeitsstiftung beinhaltet.

Traurige Gewissheit gibt es seit Mitte des Jahres: Das Triumph-Werk in Hartberg in der Steiermark wird geschlossen. 260 meist weibliche MitarbeiterInnen sind von der Schließung ab Jänner 2011 betroffen. In Verhandlungen zwischen Betriebsrat, PRO-GE und Konzernleitung wurde nun ein Sozialplan ausgearbeitet, um den Mindestlohnbezieherinnen eine berufliche Zukunft zu sichern und Härtefälle abzufedern. Ingrid Schrenk, Betriebsratsvorsitzende von Triumph ist mit dem Ergebnis sehr zufrieden: „Es ist einzigartig, was wir hier geschafft haben. Das Hauptaugenmerk wurde darauf gelegt, dass sich die MitarbeiterInnen eine Ausbildung aneignen können.“

Aufstockung Arbeitslosengeld. „Der Sozialplan ist sehr umfassend. Er berücksichtigt soziale Aspekte und beinhaltet neben einer Betriebstreueprämie auch einen Härtefonds und eine Arbeitsstiftung“, erklärt Franz Galler, zuständiger Sekretär der PRO-GE. So bekommen ArbeiterInnen mit Kindern, AlleinerzieherInnen oder Mütter und Väter mit behinderten Kindern höhere Leistungen aus dem Sozialplan. „Außerdem zahlt Triumph den ArbeiterInnen ein Jahr lang die Differenz vom Arbeitslosengeld auf 80 Prozent des zuletzt bezogenen Nettolohnes“, ergänzt Ingrid Schrenk, Betriebsratsvorsitzende von Triumph. Bereits während der Kurzarbeit, die bis Jahresende vereinbart wurde, liegt der Schwerpunkt auf Jobvermittlung und Umorientierung. Für Bewerbungen bekommen die ArbeiterInnen jederzeit frei.

Süßes statt Dessous. Im Sozialplan wurde auch vereinbart, eine Arbeitsstiftung einzurichten. Nach Werkschließung mit Jahresende können etwa 100 NäherInnen in die Arbeitsstiftung eintreten und sich beruflich völlig neu orientieren. Für jede MitarbeiterIn sind deshalb Einzelgespräche mit BeraterInnen vorgesehen. 30 NäherInnen sollen in anderen Triumph-Werken unterkommen. Das Werksgelände in Hartberg wird an den burgenländischen Konditor Helmut Ul-

reich verkauft, der die Fabrikshallen in eine „Schaufabrik“ mit angeschlossenem Cafe verwandeln will. Triumph-Vorstand Axel Dreher gibt sich zuversichtlich: „Ich denke, dass es für gut 100 Personen die Möglichkeit geben wird hier anzufangen.“

Anhebung Nettoersatzrate. Auch wenn der ausgehandelte Sozialplan vorbildlich und laut Unternehmen „so noch nie dagewesen“ sei, ist der Verlust des Jobs für viele vor allem eine finanzielle Katastrophe. Franz Galler fordert deshalb eine Anhebung der Nettoersatzrate von derzeit 55 Prozent: „Ohne die vereinbarte Aufstockung des Arbeitslosengeldes wäre es für die ArbeiterInnen unmöglich auszukommen.“ Der Beruf NäherIn ist trotz der erforderlichen Facharbeitskenntnisse im Niedriglohnbereich angesiedelt. „Die meisten NäherInnen verdienen rund 1.000 Euro im Monat. Mit einer Nettoersatzrate von 55 Prozent, also rund 550 Euro, kann mir niemand erzählen auszukommen. Geschweige denn mit Kind oder Familie“, appelliert Galler an die Politik: „Gerade in Niedriglohnberufen ist es unbedingt notwendig, die Nettoersatzrate des Arbeitslosengeldes anzuheben.“



Mag. Andreas Schlitzer,
Rechtsexperte der PRO-GE

Alles was Recht ist!

Achtung im Krankenstand

Franz R. wurde von seinem Arbeitgeber während seines Krankenstandes von der Sozialversicherung abgemeldet. Begründung: Das Dienstverhältnis sei einvernehmlich aufgelöst worden. Mit Franz R. wurde zugleich eine Wiedereinstellung für die Zeit nach der Genesung vereinbart. Ein klarer Rechtsmissbrauch, wie der Verwaltungsgerichtshof (VwGH) im April 2010 feststellte.

LINKTIPP:

Mehr Rechtsinfos unter
www.proge.at/recht

Mit dieser Vorgangsweise möchten Arbeitgeber ihre Pflicht zur Entgeltfortzahlung an die Gebietskrankenkassen abwälzen und sich auch die Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge ersparen. Dadurch werden nicht nur gesetzliche Verpflichtungen umgangen, auch ArbeitnehmerInnen bringen sich um viel Geld. Das Krankengeld von der Krankenkasse ist nicht annähernd so hoch wie das Entgelt durch den Arbeitgeber. Der VwGH hat diesem Rechtsmissbrauch durch sein Erkenntnis im Frühjahr einen Riegel vorgeschoben. Diese Art der einvernehmlichen Auflösung gilt nun als nichtig. Der Arbeitgeber ist zudem verpflichtet, auch die Sozialversicherungsbeiträge für die Zeit des Krankenstandes weiter zu entrichten.

Achtung: Rückforderung bezahlten Krankengeldes. Vorsicht ist seit dem VwGH-Erkenntnis geboten, was die Rückzahlung des Krankengeldes betrifft. Dieses können die Krankenkassen von den ArbeitnehmerInnen nämlich berechtigt zurückfordern. ArbeitnehmerInnen müssten daher ihren Entgeltanspruch erst gegenüber dem Arbeitgeber geltend machen. Wenn dieser nicht freiwillig zahlt, bleibt letztlich nur der Klagsweg.

Keine Wiedereinstellung vereinbart? Auch wenn es keine ausdrückliche Vereinbarung zur Wiedereinstellung nach dem Krankenstand gibt, handelt es sich um einen klaren Missbrauch, wenn das Arbeitsverhältnis nach dem Krankenstand unmittelbar fortgesetzt wird. Es ist daher allen ArbeitnehmerInnen entschieden davon abzuraten, ihr Arbeitsverhältnis während eines Krankenstandes einvernehmlich zu beenden.

Gilt auch für Zeitarbeit. Das Arbeitskräfteüberlassungsgesetz und der Kollektivvertrag für das Gewerbe der Arbeitskräfteüberlassung

schreiben vor, dass sogenannte „Stehzeiten“ zwingend und auch ohne Arbeitsleistung zu bezahlen sind. Stehzeiten sind jene Zeiten, in denen ZeitarbeiterInnen an keinen Geschäftsbetrieb überlassen sind. Lösen Arbeitgeber und ArbeitnehmerIn das Arbeitsverhältnis in einer Stehzeit einvernehmlich auf, so werden Kosten des Arbeitgebers auf das AMS abgewälzt und damit Gesetz und Kollektivvertrag umgangen.

Klare Vorschriften im Kollektivvertrag. Da der Kollektivvertrag eine mindestens 14-tägige Kündigungsfrist vorsieht und darüber hinaus eine Kündigung in der ersten Woche einer Stehzeit verbietet, stellen Unterbrechungen von bis zu drei Wochen offenkundigen Missbrauch dar. Auch in einem solchen Fall kann daher die Gebietskrankenkasse die Sozialversicherungsbeiträge vorschreiben. Die einvernehmliche Auflösung ist auch in diesem Fall nichtig. Der/die ZeitarbeiterIn hat weiterhin Anspruch auf Entgelt für den Unterbrechungszeitraum. Dieses kann bis zu drei Jahre rückwirkend eingeklagt werden.

Die ExpertInnen der PRO-GE-Rechtsabteilung helfen bei rechtlichen Fragen unter der Tel.-Nr. (01) 534 44-69140 bzw. per E-Mail an recht@proge.at gerne weiter.



Urlaubsverein



Sommer 2011

Haus Krumpendorf und Haus Velden

Zeit für ANMELDUNG
1. - 14. Dezember 2010

Die Anmeldung für die Hauptsaison (2.7.2011 bis 3.9.2011) in Krumpendorf und Velden ist wieder in den ersten beiden Dezemberwochen 2010 im Urlaubsverein der PRO-GE möglich. Zusagen ergehen schriftlich bis Mitte Februar 2011.

Das ideale Geschenk:
Urlaubs-Wertgutscheine der PRO-GE
Gutscheine für Weihnachten können bis spätestens **15. Dezember 2010** im Urlaubsverein bestellt werden!

Preise für 2011 in Euro pro Nacht und Wohnung: Haus Krumpendorf und Haus Velden

Hauptsaison	PRO-GE	ÖGB	Nichtmitglieder
Ferienwohnung für 5-6 Personen (nur Velden)	93,30	103,50	122,50
Aufzahlung 7. Person	9,10	9,10	9,10
Ferienwohnung für 4-5 Personen	77,60	85,80	101,50
Ferienwohnung für 2-3 Personen	57,80	69,90	84,10

Vor- und Nachsaison	PRO-GE und ÖGB		Nichtmitglieder	
	bis 28.5.2011		28.5.-2.7.2011 und ab 3.9.2011	
5-6 Pers. (nur Velden)	57,70	70,80	72,00	87,90
4-5 Pers.	48,00	58,90	60,00	73,10
2-3 Pers.	32,50	39,60	46,50	56,50
für einzelne Personen	16,80	21,00	24,40	30,40

Aufzahlung Frühstücksbuffet: Euro 6,20 (Kinder unter 6 Jahre frei)
Wäschepauschale unter 3 Nächtingen: Euro 6,00
Velden Tennisplatz: Euro 8,70 (Flutlicht: Euro 2,00)

Alle Preise inklusive Mehrwertsteuer aber exklusive Kurtaxe/Ortstaxe, im Preis inkludiert sind Strom- und Heizkosten, Bettwäsche, Hand- und Duschtücher, Koch- und Essgeschirr, Tischtennis (Schlägerverleih), Volleyballplatz (in Velden), Sauna (in Krumpendorf), Benützung des hauseigenen Badestrandes.

INFOS UND BUCHUNGEN:

Infos über Preise und aktuelle Angebote des Urlaubsvereins der PRO-GE gibt es im Internet unter www.proge.at/urlaub. Wer keinen Zugang zum Internet hat, kann sich direkt im Urlaubsverein telefonisch informieren bzw. das gewünschte Angebot dort buchen.
Urlaubsverein der PRO-GE, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien,
Tel.: (01) 534 44-69705 od. 69707, Fax: (01) 534 44-103211, E-Mail: urlaub@proge.at

Schnell zugreifen: Spezielles Urlaubsangebot für 2011

365 Tage Urlaub

Mit dem einzigartigen holiday plus UNLIMITED Urlaubsprogramm jetzt 365 Urlaubstage in mehr als 1.400 attraktiven Ferien- und Cityhotels in 13 Ländern Europas schenken – zum Spezialpreis für PRO-GE-Mitglieder um nur 83 Euro (zzgl. 6,00 Euro für den Versand).

Angebote im Überblick:

- Unlimitierte Anzahl an kostenlosen Übernachtungen
- für holiday plus UNLIMITED Mitglied und eine Begleitperson
- im Doppelzimmer in allen holiday plus Partnerhotels
- für die gesamte Dauer eines Jahres (1.1.2011 bis 31.12.2011)
- Frühstück und Abendessen pro Person je Übernachtung sind im Hotel extra zu bezahlen

Informationen

unter www.holiday-plus.net/unlimited

Bestellungen bis spätestens 14.12.2010

bei Petra Anzenberger, Tel: 07242/20 25-285,

E-Mail: petra.anzenberger@connexgroup.net bzw.

unter www.connexgroup.net/proge



Mit dem Twin City Liner zum Christkindlmarkt

Ab nach Bratislava



Wiens beliebtester Katamaran fährt im November und Dezember (jeweils Freitag bis Sonntag und Feiertag) in nur 75 Minuten von der neuen Anlagestelle Wien-City Schwedenplatz in die Altstadt von Bratislava – ideal für den Besuch der traditionellen Christkindlmärkte.

BetriebsrätInnen erhalten Unterstützung bei der Organisation, Rabattmöglichkeiten, Sport- oder Einkaufstipps. Nähere Informationen unter www.twincityliner.com bzw. unter der Tel. (01) 727 10 216 oder per E-Mail an astrid.schaffer@centraldanube.at.

CARTOON:



Preisrätsel



Den Kupon in ein Kuvert stecken, falls nötig, Adresskleber auf der Rückseite korrigieren und mit dem Vermerk „Postgebühr zahlt Empfänger“ bis 6. Dezember 2010 senden an:
PRO-GE, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien

Waagrecht:

- 7 Stand-artige Alternative, woran stehenden Fußes Würstel zu genießen sind
- 8 Die Siege firmieren(!) auf S. 19 im Singular
- 9 Rührend zu tun mit Zucker in den Tassen – und hier mit Worten, die in Kästchen passen
- 10 Für-Wort brauchen Oppositionelle vor dem ...test
- 12 Der Schmäh ist dem Gärtner Arbeitsanweisung
- 13 Ort-übliche Bezeichnung für einen (Arbeits-)Platz
- 15 Stillstand am Set: „Die Filmdiva ist eingeschnappt,/ weshalb heut' keine Szene –!“
- 17 Wie wäre nach Rübezahl zu rechnen? Groß geraten ist richtig!
- 18 Großväterliche Hälfte unseres Kontinents
- 20 So schmeckt die Suppe verliebter Köche
- 22 Ein Rauchfangkehrerjob, quasi? Auf S. 16 wird danach gefahndet!

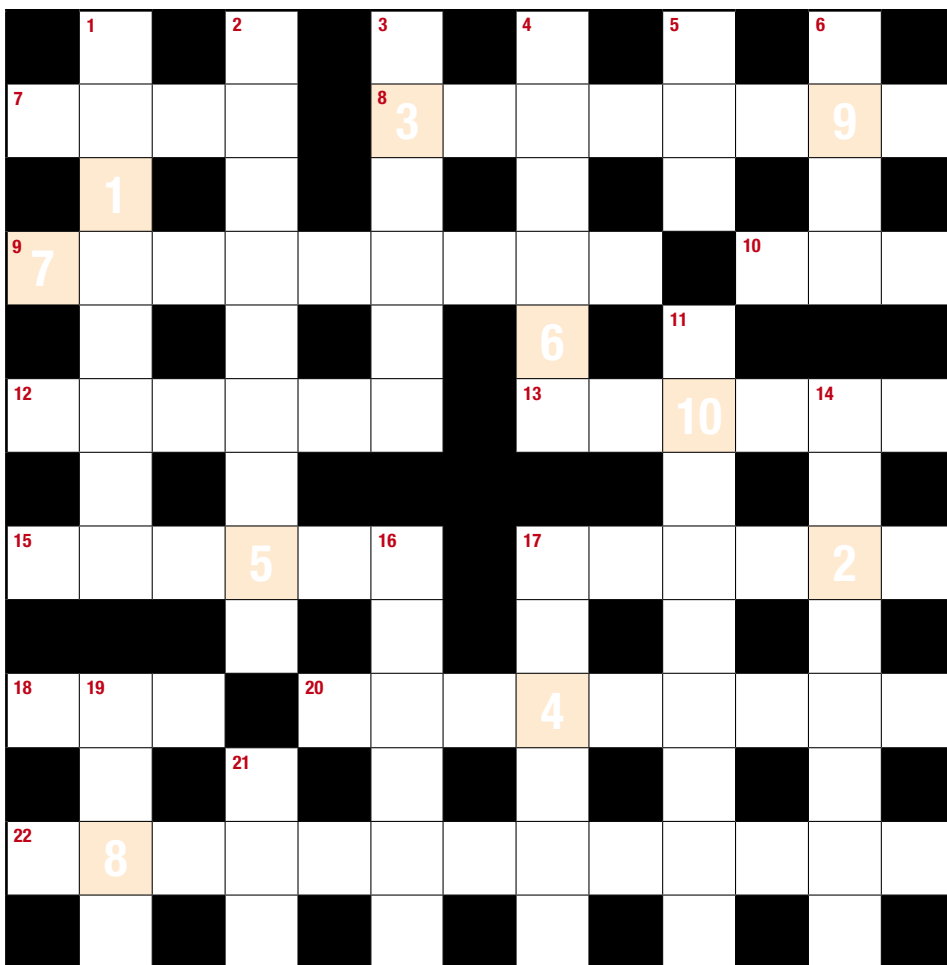
Senkrecht:

- 1 Kein Freund der Union? Ob's die ÖsterreicherInnen sind, steht auf S. 4
- 2 Karton in wasserbewegter Form, auf S. 18 in Produktion
- 3 Hilfs-(?)Stellung am Reck lässt sich zu Test-Zwecken verändern
- 4 Wie heißen die Taucher in England? Sehr verschieden!
- 5 Arbeitssuchende Melden Sich – wo?
- 6 Hier steht früher – und das Rotwild kopf
- 11 An der Schnellstraße: „Wer nachtsam hinüberstrebt,/ hat manchmal nicht lang –!“
- 14 Vorgesetzte hat die Karriere-Aufstiegshilfe buchstäblich internalisiert
- 16 Boden-ständiges Spanisch, das *i errat'* – wenn auch verwirrt
- 17 Mit der Reggae-Musik wurden die Lockenträger *a Stars*
- 19 Sommernachtskobold kriegt beim Eishockey ständig eins drauf
- 21 Wo Websites Wachsen



Zu gewinnen gibt es:
1x 2 Tickets für eine Fahrt mit dem Twin City Liner nach Bratislava

HINWEIS: Die Buchstaben in den unterlegten Feldern ergeben aneinandergereiht ein recht (!) demokratisches Lösungswort.



Rätsel: Vera Ritzsch

LÖSUNGSWORT aus der vorigen Ausgabe GLÜCK AUF!: DURCHBLICK

W: 1 UMLAGE 4 BACH 7 RUECKEN 8 TUER 9 VORBOTE 12 OMAHA 14 KRAFTFAHRER 15 SCOTT 16 FLUNDER 19 NEUNZIG 20 RENTE 21 FELD 22 UNGARN

S: 2 MARMORKUCHEN 3 GECKO 4 BONI 5 CATAMARAN 6 LEIHARBEITER 10 BLAUTANNE 11 TITO 13 HALL 17 UHREN 18 WILD

Gewinner aus der vorigen Ausgabe GLÜCK AUF!:

Klaudia Bauer, 7162 Tatten; Rudolf Amlacher, 9545 Radenthein; Friedrich Brunnhofer, 8770 St. Michael

Ein Ersuchen des Verlages an den/die Briefträger/in:

Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder richtige Anschrift mit

F-13

 Straße/Gasse

 Haus-Nr. / Stiege/ Stock/ Tür

 Postleitzahl

 Ort

Besten Dank

Metallindustrie und Bergbau

PRO-GE
DIE PRODUKTIONSGEWERKSCHAFT

Kollektivvertragsverhandlungen 2010

**Zeit für
LOHN-
ERHÖHUNGEN**



+2,3 % Ist-Lohn/-Gehalt

mindestens € 45,-

+2,5 % Mindestlohn/-gehalt

neuer Mindestbezug € 1.515,84

+ Einmalzahlung bis zu € 150,-

+ 2,3 % Lehrlingsentschädigung

€ 150,- bei bestandener Lehrabschlussprüfung

+ 2,3 % Zulagen und Aufwandsentschädigungen

Der neue Kollektivvertrag gilt ab

1. November 2010

Die Arbeitszeitverkürzung bleibt als Forderung weiter aufrecht!

Mehr dazu auf den Seiten 12 und 13.